



Backen mit dem Vater: Eine faire Verteilung der Sorgearbeit ist nur mit einer Reduktion der Erwerbsarbeit möglich. FOTO: GAETAN BALLY, KEYSTONE

CARE-ARBEIT UND KRISE

Und wer kocht in der Kinderkrippe?

Frauen sollen vermehrt erwerbstätig werden, fordert Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Doch wer übernimmt dann ihre unbezahlte Haus- und Erziehungsarbeit? Wissenschaftlerinnen suchen nach Auswegen aus der Care-Krise.

VON BETTINA DYTTRICH

Die Zahlen sind beeindruckend: Laut der Ökonomin Mascha Madörin trägt die unbezahlte Arbeit in der Schweiz annähernd gleich viel zur Bruttowertschöpfung bei wie die bezahlte. Frauen leisten zwei Drittel davon. Ein grosser Teil ist sogenannte Sorge- oder Care-Arbeit: Kranke pflegen, Kinder betreuen, den Haushalt machen für sich und andere. «Würden Frauen ihre unbezahlte Arbeit nur um zehn Prozent kürzen, hätte das dieselbe Auswirkung auf das Bruttoinlandsprodukt wie die Schliessung sämtlicher Einrichtungen des bezahlten Gesundheits- und Sozialwesens», schreibt die Autorinnengruppe Feministische Ökonomie (siehe WOZ Nr. 46/10).

Europaweit aktiv

In der Organisation Women in Development Europe (WIDE) mit Sitz in Brüssel haben sich europaweit Frauen- und Entwicklungsorganisationen, Genderspezialistinnen und Aktivistinnen zusammengeschlossen. WIDE Schweiz existiert seit 2009 und organisiert Veranstaltungen zu Care-Arbeit, Handel, Finanzmärkten, Ökologie oder Entwicklungspolitik. www.wide-network.ch

«Jährlich holt die Wirtschaft Zehntausende Menschen in unser Land», sagte Bundesrätin Simonetta Sommaruga am 1. Mai auf dem Bundesplatz in Bern. «Gleichzeitig sind sehr viele gut ausgebildete Schweizerinnen nicht berufstätig.» Sie wolle die Frauen nicht gegen ausländische Arbeitskräfte ausspielen, «aber indem wir die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern, steuern wir auch die Zuwanderung!»

Einmal abgesehen davon, ob wir das wollen – hat Sommaruga nicht etwas vergessen? Was machen denn die nicht berufstätigen Frauen den ganzen Tag? (Hängen sie auf Facebook herum? Besuchen sie Makrameekurse?) Vermutlich vor allem eines: arbeiten. Unbezahlt. Wenn sie nun vermehrt erwerbstätig werden: Wer übernimmt dann ihre bisherige Arbeit? Wer putzt die Privathaushalte? Wer kocht in den zusätzlichen Kinderkrippen (die es ohnehin dringend braucht)?

Sparen benachteiligt Frauen

«In unserer feministischen Tradition heisst Emanzipation vor allem Zugang zur Erwerbsarbeit, also Marktintegration», sagt die deutsche Soziologin Christa Wichterich. Fast wie eine Antwort auf die Rede der Bundesrätin trafen sich drei Tage nach dem 1. Mai in Bern beinahe hundert Frauen und etwa vier Männer zu

einer Tagung: «Gender Macht Arbeit», organisiert von WIDE (vgl. «Europaweit aktiv»), fragte nach der Care-Arbeit in Zeiten der Krise.

«Vor dreissig Jahren verlangten die Weltbank und der Internationale Währungsfonds von den verschuldeten Ländern im globalen Süden Strukturanpassungsmassnahmen», sagt Wichterich, die als Dozentin an deutschen, indischen und iranischen Universitäten gearbeitet hat. «Heute macht man in Griechenland genau dieselben Fehler!» Die Rezepte seien die gleichen: die Wirtschaft liberalisieren, den Service public privatisieren, bei den Staatsausgaben sparen.

Feministische Wissenschaftlerinnen wie Wichterich untersuchten die Auswirkungen dieser Politik auf den Alltag von Frauen im Süden. «Der Staat verschiebt Kosten, Lasten und Risiken zu den Privathaushalten. Und vor allem Frauen versuchen, das mit mehr unbezahlter Arbeit auszugleichen.» Zum Beispiel indem sie Lebensmittel wie Konfitüre wieder selbst herstellen, statt sie zu kaufen. «Und weil Frauen weniger Einkommen und Rente haben, sind sie auf kostengünstige öffentliche Angebote zur Gesundheitsversorgung, Betreuung und Pflege angewiesen.»

Zu ähnlichen Schlüssen kommt Katharina Mader von der Wirtschaftsuniversität Wien: «Öffentliche Angebote sind für Frauen besonders wichtig, weil sie helfen, die Belastung der unbezahlten Care-Arbeit zu reduzieren.» Würden etwa Kinderkrippen geschlossen, treffe das nicht nur die Angestellten – meist Frauen –, sondern auch all jene, die ohne Betreuungsangebot nicht erwerbstätig wären – meist Mütter.

Viele öffentliche Stellen erarbeiten heute sogenannte Gender Budgets, die Geschlechterdiskriminierung verhindern sollen. Mader, die das «Gender Budgeting» untersucht hat, kommt jedoch zu einem ernüchternden Fazit: Die unbezahlte Arbeit wird darin oft vernachlässigt, manchmal nicht einmal erwähnt. «Offenbar wird sie als Ressource wahrgenommen, die unbegrenzt zur Verfügung steht. Nach dem Motto: Egal, wie viel man spart, die unbezahlte Arbeit wird es irgendwie auffangen.»

Wenn die scheinbar «unbegrenzte Ressource» knapp wird, versuchen Privathaushalte oft selber eine Lösung zu finden, wenn sie es sich leisten können: Sie suchen sich ein Kindermädchen aus Ostdeutschland oder eine Pflegerin aus der Slowakei, die die demente Grossmutter rund um die Uhr betreut (vgl. «Pflegen, putzen, kümmern», Seite 25).

Und was machen jene, die es sich nicht leisten können? In Serbien und Montenegro beteiligen sich relativ viele Männer an der Pflege von alten und kranken Angehörigen. Das zeigen Statistiken, die Marina Blagojevic, Soziologin an der Universität Belgrad, präsentiert. «Wir haben eben keine Immigration», erklärt

sie, es könnten also nicht einfach die Dienste von Migrantinnen in Anspruch genommen werden. Für Frauen sei es zudem öfter möglich, eine Stelle in der bezahlten Care-Arbeit zu finden. Also helfen die Männer – ein bisschen. Denn über die Pflege hinaus gebe es kaum eine Umverteilung der unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern: Blagojevic's Statistiken zum Kochen sind ernüchternd.

Und nicht nur sie: «Serbische Frauen sind viel unzufriedener mit ihrer Situation als Männer. Der Tranquilizer-Verbrauch ist hoch. Die Arbeitsteilung im Haushalt ist eine der grössten Konfliktquellen in den Familien», zählt Blagojevic auf. Viele Frauen würden sich gerne politisch engagieren: «Aber die Politik ist stark informell organisiert – Männer machen Politik, wenn sie stundenlang miteinander im Café sitzen. Dafür haben Frauen keine Zeit. Sie suchen unterdessen nach Kochrezepten, um ihre Familien durchzubringen.»

Teilzeit für alle

Kein Zweifel: Die Care-Krise ist akut. Und die Forschenden sind sich einig, dass sie sich noch verschärfen wird. Denn Care-Arbeit lässt sich kaum rationalisieren: Immer schneller erziehen, pflegen oder putzen geht nicht. Das führt dazu, dass diese Arbeit im Vergleich zur Güterproduktion immer teurer wird. Was tun?

«Der Zugang zur Erwerbsarbeit war ein wichtiger Schritt in der Emanzipation», betont Christa Wichterich. «Jetzt geht es um Gleichstellung in der Erwerbs- und Sorgearbeit. Das können die Privathaushalte nicht allein erreichen, der Markt schon gar nicht. Und auch der Staat kann und soll nicht alles übernehmen.» Es brauche alle: die Haushalte, den Markt, den Staat – und die Zivilgesellschaft. «Erwerbsarbeit und unbezahlte Sorgearbeit können nur fair verteilt werden, wenn alle Geschlechter, alle Klassen Teilzeit bezahlt und Teilzeit unbezahlt arbeiten.»

Wichterich hält ein bedingungsloses Grundeinkommen für eine Option: «Ich glaube nicht, dass es alle Probleme löst. Aber es würde für beide Geschlechter den Spielraum eröffnen, zu überlegen: Wie viel Geld brauche ich? Was mache ich mit meiner Zeit? Wie organisiere ich die Sorgearbeit?» Andere Feministinnen, etwa Mascha Madörin, haben Bedenken: Grosse Investitionen in den Care-Sektor seien dringend nötig (siehe WOZ Nr. 16/12). Das Grundeinkommen sei dafür kein Ersatz und ändere auch nichts an der alten Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern.

Für die bezahlten Hausarbeiterinnen und Heimpflegerinnen brauche es vor allem eines: mehr Rechte und verbindliche Standards, sagt Sarah Schilliger vom Institut für Soziologie Basel, die ihre Dissertation über 24-Stunden-Pflegerinnen aus Osteuropa schreibt. Haushalte seien heute nicht dem Arbeitsgesetz unterstellt. «Die International Labour Organisation hat vergangenen Sommer eine Konvention der Rechte der Hausarbeiterinnen veröffentlicht. Die Staaten müssten sie nun umsetzen.» Die Konvention sei um einiges fortschrittlicher als das geltende Recht in der Schweiz, sagt Schilliger. «Es geht nicht nur um Löhne, sondern vor allem auch um Zeit. 24 Stunden arbeitsfreie Zeit am Stück zu haben, ist für Pflegerinnen nicht selbstverständlich.»

Die Berner SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen, die am Schlusspodium der Tagung teilnimmt, betont die zentrale Rolle der Staatsfinanzen für die Sicherung der Care-Versorgung. Das Geld, das wegen Steuerhinterziehung oder der Unternehmenssteuerreform II nicht eingenommen werde, fehle genau dort. «Bonisteuern für Gratis-Kindertagesstätten!», fordert Kiener Nellen. Dem Anliegen der Wiener Ökonomin Katharina Mader würden wohl alle Teilnehmenden zustimmen: «Care-Arbeit muss zur Basis jeder gesamtwirtschaftlichen Theorie und jeder Strategie zur Krisenbewältigung werden.»

REKLAME

Weniger ist mehr – und wer bezahlt das? Geruhsam oder ‚produktiv‘ Altern in der Postwachstumsgesellschaft?

Eine öffentliche Podiumsdiskussion mit

- Prof. Dr. François Höpflinger, Soziologe und Altersforscher
- PD Dr. Irmi Seidl, Ökonomin

Montag, 14. Mai, 19 Uhr
Altersheim Sydefädeli, Höggerstrasse 119, 8037 Zürich
(Tram Nr. 13 bis Waidfussweg)

Organisiert von der AG Alter
der Grünen Stadt Zürich

www.gruenezuerich.ch

